



Kathrin Rösel MdB

Unter der Kuppel – Neues aus dem Bundestag

02. Juni 2017

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

die Plenarsitzung am 1. Juni kann zu Recht als historisch bezeichnet werden: Mit einem umfangreichen Gesetzgebungspaket, zu dem **13 Grundgesetzänderungen** gehören, regeln wir die **Bund-Länder-Finanzbeziehungen** neu. Wir sorgen damit für finanzielle Planungssicherheit in Bund und Ländern bis mindestens 2030.

Wir wollen gleiche Lebensbedingungen in allen Teilen Deutschlands. Unterschiede in der Finanzkraft der Länder werden künftig über die Verteilung des Länderanteils an der Umsatzsteuer geregelt. Die jährliche **finanzielle Beteiligung des Bundes** beläuft sich im Jahr 2020 auf rund 9,5 Milliarden Euro. Wir sind damit den Ländern bis zur Schmerzgrenze entgegengekommen und ich gebe zu, dass viele von uns – mich eingeschlossen – dieser Vereinbarung mit Bauchschmerzen zugestimmt haben.

Ich möchte drei wesentliche Kernpunkte des Gesetzespaketes nennen:

Wir reformieren den **Unterhaltsvorschuss** für Alleinerziehende und ihre Kinder. Künftig können auch die 12- bis 17-jährigen Ansprüche stellen.

Um Planung, Bau, Betrieb und Erhalt der **Autobahnen** künftig effizienter und schneller zu gestalten, wird diese Aufgabe von 16 Ländern auf den Bund übertragen. Dort schaffen wir eine **Infrastrukturgesellschaft**, die ab 2021 diese Aufgaben übernimmt.

Schließlich wird die Grundlage dafür geschaffen, dass der Bund **finanzschwachen Kommunen Finanzmittel für die Schulen** zur Verfügung stellen kann. An der Kernzuständigkeit der Länder für das Bildungswesen ändert sich damit nichts.

Klare Haltung in der Außenpolitik

Die **deutsch-amerikanischen Beziehungen** sind ein fester Pfeiler unserer Außen- und



Sicherheitspolitik. Gerade deswegen ist es aber auch richtig, **Differenzen unter Freunden** ehrlich zu benennen. Darüber hinaus sollten wir unterscheiden zwischen den „Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika“ und „zwischen der deutschen und der derzeitigen amerikanischen Regierung“.

Zu Incirlik: Wenn die Türkei bei ihrem Nein zum Besuchsrecht von Bundestagsabgeordneten bei den **in Incirlik stationierten Bundeswehrsoldaten** bleibt, muss über den Verbleib der Bundeswehr dort ernsthaft nachgedacht werden.

Auslandseinsätze der Bundeswehr

Wir haben die Fortsetzung der deutschen Beteiligung an der **Operation SOPHIA** mit denselben Aufgaben und im selben Einsatzgebiet wie bisher beschlossen. Der Einsatz erfolgt im Rahmen der Gesamtstrategie der EU zur **Bekämpfung der kriminellen Aktivitäten der Menschenschleuser** im Mittelmeer.

Ebenso haben wir die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der **Mission der Vereinten Nationen im Libanon** beraten. Wir wollen den Aufbau der libanesischen Marine weiterhin unterstützen und damit zur Sicherheit und Stabilität des Libanon beitragen.

Im Anhang stelle ich Ihnen einen Überblick zusammen, wo unsere Soldatinnen und Soldaten ihren Dienst für Deutschland im Ausland leisten.

Änderung reiserechtlicher Vorschriften

Um die Rechtslage im **Bereich des Tourismus- und Reisemarktes** neuen Entwicklungen der vergangenen Jahre anzugleichen, haben wir nun die Anpassung des rechtlichen Rahmens und die Umsetzung europäischen Rechts beschlossen. Wegen der späten Stunde wurde der Tagesordnungspunkt zu Protokoll gegeben. Sie können meine Rede als zuständige

Berichterstatterin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf meiner Homepage (http://kathrin-roesel.de/index.php?cat=Wissenswertes-2016&file=Rede_BT_Pauschalreiserichtlinie_II.pdf) nachlesen.

Aussetzung der Abschiebungen nach Afghanistan

In Folge des fürchterlichen Terroranschlags in unmittelbarer Nähe der deutschen Botschaft, hat das Auswärtige Amt entschieden, eine neue **Bewertung der Sicherheitslage in Afghanistan** vorzunehmen. Wir haben in mehreren namentlichen Abstimmungen beschlossen, dass es bis zur Vorlage der neuen Lagebeurteilung des Auswärtigen Amtes und bis zur vollen Funktionsfähigkeit der deutschen Botschaft in Kabul nur noch bei der **Förderung der freiwilligen Rückkehr sowie der Abschiebung von Straftätern** und Gefährdern auf der Basis einer Einzelfallprüfung bleibt. Dies gilt auch für diejenigen Ausreisepflichtigen, die hartnäckig ihre Mitwirkung an der Identitätsfeststellung verweigern.

Zur Kenntnis: 2016 sind 3.300 Afghanen freiwillig ausgeweist und 67 ausreisepflichtige Personen wurden zwangsweise zurückgeführt.

Gesetz zur Bekämpfung von Kinderehen

Ehen mit Minderjährigen können das Wohl der Kinder sowie deren Entwicklungschancen maßgeblich beeinträchtigen. Im Sinne des **Kinderwohls** und des Schutzbedürfnisses Minderjähriger haben wir ein Gesetz beschlossen, mit dem wir das **Ehemündigkeitsalter** im deutschen Recht ausnahmslos auf **18 Jahre** festlegen. Ehen, die im Alter zwischen 16 und 18 Jahren geschlossen wurden, werden aufgehoben; Ehen, bei denen ein Ehepartner zum Zeitpunkt der Heirat unter 16 Jahre alt war, für nichtig erklärt.

Und sonst?

Besuch aus dem Wahlkreis: Jochen Oestmann, Vorsitzender des Kreislandvolkverbandes Lüneburger Heide und Christian Intemann, stellvertretender Vorsitzender des Kreislandvolkverbandes Rotenburg-Verden sind



meiner Einladung nach Berlin gefolgt, um gemeinsam an dem **Landwirtschaftskongress der CDU/CSU-Bundestagsfraktion** teilzunehmen.

Mich hat **Madita Baden aus Scheeßel** im Rahmen des Programms **"Jugend und Parlament"** besucht. An mehreren Tagen wird der Weg der Gesetzgebung im Deutschen Bundestag in einem Planspiel simuliert. Eine tolle Aktion, um den Jugendlichen eigene Erfahrungen und Einblicke in die komplexen parlamentarischen Abläufe zu vermitteln.



Die **10. Klasse des Gymnasiums Sottrum** hat mich in dieser Woche in Berlin besucht. Die Jugendlichen haben, nach einem ausführlichen Gespräch mit mir und vielen Fragen zu meiner Arbeit, bei wundervollem Sommerwetter die Kuppel besucht.



In der nächsten Woche...

...lädt die CDU Walsrode zum „Politischen Frühsommer“ und die CDU Schwarmstedt zur Jahreshauptversammlung ein. Anlässlich des 100-jährigen Bestehens des Sozialverbandes Deutschland veranstaltet der SoVD-Kreisverband Heidekreis einen öffentlichen Festakt mit einer Gesprächsrunde zum Thema Rente, an der ich teilnehmen werde. Ebenso stehen wieder zahlreiche Hausbesuche auf dem Programm, auf die ich mich sehr freue!

Ihre



Kathrin Rösel MdB